

# Wunschzettel zur Wahl

Kohleausstieg, Verkehrswende, endlich mehr Energieeffizienz – die Liste der energiepolitischen Aufgaben für die kommende Bundesregierung ist lang und ließe sich noch eine ganze Weile fortführen. Doch worauf sollten die neuen Verantwortlichen in Berlin ihr Augenmerk ganz besonders richten? Wir haben ausgewiesene Experten und Branchenvertreter gefragt:

„Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen **Klimaschutz und Energiepolitik** besonders dringend?“



**Volker Quaschnig**

Professor für Regenerative Energiesysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

## Energiewende-Tempo um den Faktor vier steigern

Die aktuelle deutsche Energiepolitik ist durch krasse Widersprüche geprägt. Einerseits hat sich Deutschland zum Pariser Klimaschutzabkommen mit einer Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs möglichst auf 1,5 Grad Celsius bekannt, andererseits hält die Regierung an einem Emis-

sionsminderungsziel von 80 bis 95 Prozent bis 2050 fest, mit dem sich diese Temperaturbegrenzung nicht einhalten lässt. Mit dem aktuellen Tempo der Energiewende ist außerdem völlig schleierhaft, wie selbst die schwachen Minderungsziele für 2050 erreicht werden sollen.

Ich wünsche mir von der nächsten Bundesregierung eine Energiepolitik, die auf einem funktionierenden Plan zum Einhalten der Pariser Klimaschutzbeschlüsse basiert und damit die Lebensgrundlagen unserer Kinder bewahrt. Das Tempo der Energiewende muss dazu um den Faktor vier gesteigert werden. Die Ausbauziele der erneuerbaren Energien müssen entsprechend angehoben, der Kohleausstieg bis 2030 vollendet und eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossile Energieträger eingeführt werden. Auch unpopuläre Maßnahmen wie das Verbot von Benzin- und Dieselfahrzeugen sowie Öl- und Gasheizungen dürfen kein Tabu mehr sein.

Vor allem wünsche ich mir eine Regierung, die den Mut aufbringt, diese Maßnahmen durchzusetzen, und nicht jedes Mal vor dem Widerstand der Lobbyisten kapituliert. In China hat man die Zeichen der Zeit erkannt und die Verantwortung

übernommen, wodurch aber enorme Herausforderungen auf den Industriestandort Deutschland zukommen werden. Es geht bei der Energiewende um einen Komplettumbau unserer Wirtschafts- und Lebensweisen, den Erhalt des Wirtschaftsstandorts Deutschland und um die Rettung des Planeten. Und genau darum sollte dieses Thema Priorität eins der künftigen Regierung erhalten.



**Paul Gipe**  
US-Erneuerbaren-Pionier

### Führungsrolle bei der Energiewende zurückgewinnen

Die dringendste Priorität für Deutschland? Seine Führungsrolle bei der Energiewende zurückzugewinnen. Sich wieder der schnellen Entwicklung erneuerbarer Energien zu verpflichten, indem es die Ausbaudeckel auf Solar-, Wind- und Bioenergie abschafft und seinen eigenen Bürgern – den Verantwortlichen für seinen vorherigen Erfolg – erlaubt, ihre Teilhabe an Deutschlands erneuerbarer Energierevolution wieder aufzunehmen.

In diesen dunklen Tagen der Trump-Ära muss Deutschland einmal mehr hervortreten und die Energiewende anführen. Deutschland sollte sich nicht nur zu 100 Prozent erneuerbarem Strom, sondern zu 200 oder 300 Prozent verpflichten, um fossile Kraftstoffe im Transport- und Wärmesektor zu ersetzen.

Deutschland muss aufhören zu trödeln und vorangehen bei der Einführung von Elektro-Fahrzeugen in Europa. Deutschland muss die Demokratien in eine erneuerbare Zukunft führen, jetzt, da die Vereinigten Staaten das nicht tun werden.



**Claudia Kemfert**  
Mitglied des Sachverständigenrats  
für Umweltfragen (SRU)

### Weichen für eine Verkehrswende stellen

Klimaschutz gehört ganz oben auf die Agenda. Es darf keine weitere Zeit ungenutzt verstreichen, sonst verfehlen wir die Ziele des Paris-Abkommens und steuern auf dramatische Klimaveränderungen zu. Paris ernst zu nehmen heißt, die Klimaschutzpolitik konsequent auf ein ambitioniertes Ziel von 95 Prozent Treibhausgasreduktion auszurichten. Dies bedeutet die Dekarbonisierung der gesamten Energieversorgung – Strom, Verkehr, Wärme. Dazu ist der Klimaschutzplan 2050 mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen. Der Klimaschutz muss in allen politischen Entscheidungen Berücksichtigung finden, ganz gleich ob sie kurz- oder langfristig ausgerichtet sind.

Zwei Vorhaben muss die neue Bundesregierung schnellstmöglich angehen:

1. Sie muss den Weg für einen strukturierten sozialverträglichen Kohleausstieg in den nächsten 20 Jahren, spätestens bis 2040, bereiten. Der Kohleausstieg sollte im Koalitionsvertrag festgeschrieben werden. Mit dem Kohleausstieg kann die neue Bundesregierung Deutschlands Vorreiterrolle in der Energiepolitik zurückgewinnen. Die internationalen Klimaschutzziele können durch ein festes Restbudget an Treibhausgasemissionen für die Energiewirtschaft übertragen werden. Dieses Restbudget sollte Grundlage des Kohleausstiegs sein, denn es bietet Planungssicherheit für alle Betroffenen. Je länger wir warten, desto weniger Zeit haben die betroffenen Regionen, sich den veränderten Bedingungen anzupassen und neue Perspektiven zu entwickeln!

2. Sie muss die Weichen für eine Verkehrswende ►

## „Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik besonders dringend?“

stellen. Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind unverändert hoch. Feinstaub, Stickstoffoxide und Lärm gefährden die menschliche Gesundheit. Der Verkehr verbraucht viel Fläche und andere Ressourcen. Die deutschen Autobauer müssen jetzt die verlorene Zeit aufholen und den Ausbau der Elektromobilität in Deutschland zügig voranbringen. Auch im Güterverkehr müssen alternative Antriebe gefördert und die notwendigen Infrastrukturen aufgebaut werden. Eine Verkehrswende zeichnet sich aber nicht nur durch klimaneutrale Antriebstechnologien aus, sondern auch durch weniger Verkehr und den Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsträger.



**Uwe Leprich**  
Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wissenschaft des Saarlandes

### 2018 einen Fahrplan für den Kohleausstieg beschließen

Die nächste Bundesregierung stellt das Klimaabkommen von Paris in das Zentrum ihrer Klimaschutz- und Energiepolitik und dokumentiert das durch die rasche Verabschiedung eines Klimagesetzes, das unter anderem verbindlich die Reduktionsziele für die Treibhausgase sektorenscharf für die Jahre 2030, 2040 und 2050 fest schreibt.

Für den zentralen Sektor Energiewirtschaft wird 2018 ein Kohleausstiegsfahrplan beschlos-

sen, der eine Reduzierung der Kohleverstromung in Deutschland um mindestens 60 Prozent bis zum Jahr 2030 vorsieht. Dabei stehen die Braunkohlekraftwerke und damit verbunden ein Strukturwandel-Konzept für die Abbauregionen im Mittelpunkt des Fahrplans.

Die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung werden zusammen mit der PV-Vergütung deutlich angehoben, um über die Sektorkopplung relativ schnell signifikante Dekarbonisierungsbeiträge auch für die Sektoren Gebäude und Verkehr zu erreichen. Zur Stärkung der Akteursvielfalt werden die De-minimis-Spielräume der EU-Beihilfeleitlinie ausgeschöpft, das heißt insbesondere: keine Pflicht zur Teilnahme an Ausschreibungen für Windparks mit bis zu sechs Anlagen.

Mit der Energieeffizienz wird endlich ernst gemacht: Steuerliche Abschreibungen für die Gebäudesanierung werden ebenso eingeführt wie Vorschriften zur Abwärmenutzung in der Industrie und Einsparverpflichtungen für Strom- und Gasversorger.

Dezentrale Systeme werden durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, Innovationsanreize für Verteilnetzbetreiber im Rahmen der Anreizregulierung, eine Stärkung der Bilanzkrestreue und Pilotprojekte für einen dezentralen Nachfrage-/Angebotsausgleich als wichtige Elemente einer breit akzeptierten Systemtransformation unterstützt. Und schließlich werden nicht nur umwelt- und klimaschädliche Subventionen wie zum Beispiel Steuervergünstigungen für Kohle abgebaut, sondern auch die Ökosteuer als CO<sub>2</sub>-Steuer reanimiert, die vor allem eine Lenkungswirkung in Richtung Hersteller, Erzeuger und andere entfalten soll, indem sie über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren jährlich zum 1. Januar angehoben wird.





**Christian Noll**

Geschäftsführender Vorstand der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff)

### Energieeffizienzziele endlich verbindlich festschreiben

Wir wünschen uns, dass die nächste Bundesregierung bei dem im Grünbuch Energieeffizienz angekündigten Motto „Efficiency First“ den Worten Taten folgen lässt. Schließlich ist die eingesparte Kilowattstunde die günstigste und hilft, die Kosten der Energiewende im Griff zu behalten. Nur so

kommen wir schnell genug in Richtung 100 Prozent Erneuerbare. Zudem machen wir uns weniger anfällig gegen – zurzeit mit Russland und der Türkei leider wieder schwelende – Energiekonflikte, denn Energieeffizienz stärkt auch die Versorgungssicherheit.

Nebenbei nützt sie der heimischen Wirtschaft und steigert die Lebensqualität in Städten, am Arbeitsplatz und in den eigenen vier Wänden.

„Efficiency First“ heißt nicht „Energieeffizienz über alles“, sondern Gleichrangigkeit mit Investitionen in Erzeugung. Um das zu erreichen, bedarf es eines Energieeffizienzgesetzes,

mit dem die Energieeffizienzziele endlich verbindlich festgeschrieben werden, die Beseitigung regulatorischer Barrieren und Fehlanreize sowie dezidierte Sektorstrategien – auch für die Industrie.

Die Politikinstrumente müssen außerdem an messbaren Effizienzerfolgen ausgerichtet und die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, um Energieeffizienz nach vorne zu bringen. Digitales ►

„  
**Es ist eine breite Qualifizierungskampagne notwendig.“**

## „Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik besonders dringend?“

Energiemanagement, disruptive Geschäftsmodelle und Industrie und Bauen 4.0 können helfen, Energieeffizienzmaßnahmen noch einfacher, günstiger und attraktiver zu machen.

Schlussendlich ist eine breite Qualifizierungskampagne notwendig. Zu den bereits heute über 500 000 Beschäftigten in der Energieeffizienzbranche können allein bis 2020 weitere 150 000 hinzukommen. Dafür sind attraktive Aus- und Fortbildungsangebote notwendig, damit die Effizienzpotenziale erreicht und langfristig gesichert werden. Leider hat die Bundespolitik gerade das Thema Qualifizierung bislang verschlafen. Jetzt heißt es: aufholen und die richtigen strategischen Weichen stellen, damit Deutschland Energieeffizienzweltmeister wird!

.....



**Joachim Nitsch**

ehemaliger Energieforscher am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Studienautor und Regierungsberater

### Wir brauchen eine klimawirksame CO<sub>2</sub>-Abgabe

Ein CO<sub>2</sub>-Preis ist das effektivste und transparenteste Steuerungsinstrument in eine Energieversorgung ohne Kohle, Öl und Erdgas.

– Die Emissionen fossiler Energieträger sind die Hauptverursacher des Klimawandels. Eine CO<sub>2</sub>-Abgabe wirkt direkt auf alle Verbraucher fossiler Energieträger. Sie lenkt so auf marktwirtschaftlich effektive Weise Investitionen in Richtung Energieeffizienz und erneuerbare Energien

und setzt Anreize für mehr Innovationen in einen wirksamen Klimaschutz.

- Für die erfolgreiche Weiterführung der Energiewende wird ein eindeutiges und einfaches Instrument benötigt, welches erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz unmittelbar und gezielt fördert und den Verbrauch fossiler Energien „bestraft“.
- Durch die Vorgabe nur einer einzigen Steuerungsgröße, nämlich des CO<sub>2</sub>-Preises, ist die CO<sub>2</sub>-Abgabe klar berechenbar, sie ist transparent darstellbar und kann leicht erhoben und kontrolliert werden. Sie kann jederzeit an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst werden.
- Sie wirkt unmittelbar auf alle Marktteilnehmer und fördert dort klimawirksame Innovationen und Investitionen, ohne den heutigen erheblichen bürokratischen Aufwand. Damit regt sie auch jeden Bürger persönlich an, Höhe und Art seines Energieverbrauchs stärker nach Klimaschutz Gesichtspunkten auszurichten.
- Das derzeitige Anreizinstrumentarium, bestehend aus EEG-Umlage, der Strom-, Heizöl- und Erdgassteuer und der KWK-Umlage, ergänzt um eine Fülle einzelner Fördermaßnahmen, wird immer undurchschaubarer, ist teilweise widersprüchlich und besitzt vor allem keine wirksame Lenkungswirkung zur Reduzierung fossiler Energie. Eine angemessen hohe und zeitlich flexibel gestaltete CO<sub>2</sub>-Abgabe kann dies alles vollständig ersetzen.
- Die CO<sub>2</sub>-Abgabe reizt Investitionen in Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien gleichermaßen an, sie ist also technologieoffen und innovationsfreundlich. Sie macht uns zudem weniger abhängig von Preisschwankungen am globalen Energiemarkt.
- Eine nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe ist mit dem bestehenden, aber derzeit wenig wirksamen europäischen Emissionshandel flexibel kombinier- und

verrechenbar; sie schafft zusätzliche nationale Anreize vor allem in den bisher nicht vom Emissionshandel betroffenen Bereichen.

- Bei entsprechendem politischen Willen ermöglicht es eine CO<sub>2</sub>-Abgabe prinzipiell auch, mit Überschüssen andere gemeinwohlstiftende Investitionen zu tätigen, soziale Härten zu mildern oder andere Länder bei ihren Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen. Damit kann die Idee einer „ökologischen“ Steuerreform neu belebt werden.



**Hans-Josef Fell**  
Präsident der Energy Watch Group,  
Bundestagsmitglied von 1998 bis 2013

### Eine Vergütung für Kombikraftwerke

Nach der Wahl müssen endlich die politischen Konsequenzen aus der Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens gezogen werden. Zwei Grad Celsius Erderwärmung nicht zu überschreiten bedeutet, dass es spätestens bis 2030 keine Klimagasemissionen mehr geben darf – weltweit wie national. Im Energiesektor heißt dies, dass Strom, Wärme, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt werden müssen.

Dazu braucht es eine EEG-Reform, die den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht deckelt und bremst, sondern beschleunigt, die wieder alle Akteure, insbesondere die Bürgergesellschaft, teilhaben lässt und die notwendigen Aufgaben der Netzintegration bewältigt.

Erforderlich dazu sind insbesondere Bürokratieabbau im EEG und bei Genehmigungsverfahren, die Befreiung von Energiegemeinschaften von der Ausschreibungspflicht bis 18 Megawatt; sowie eine EEG-Kombikraftwerksvergütung. Mit ihr sol-

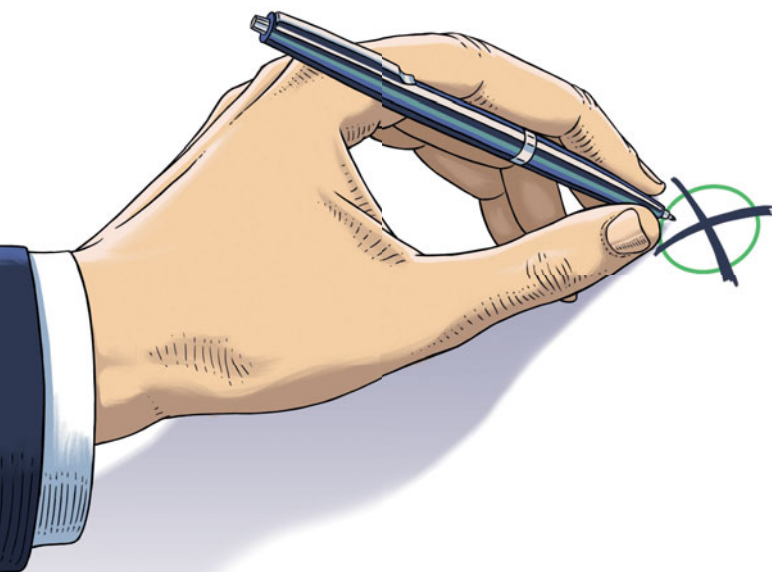
## „Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik besonders dringend?“

len alle Investitionen mit einem einheitlichen Satz vergütet werden, wenn sie ganzjährig viertelstundengenau die Stromnachfrage entsprechend des Lastprofils bedienen. Damit wird vor Ort der optimale Mix der erneuerbaren Energien ausgeschöpft, die Sektorenkopplung befördert, werden Speicherinnovationen angereizt und Post-EEG-Anlagen in den Weiterbetrieb geführt.

In der Energieaußenpolitik sollte Deutschland die Initiative zur Abschaffung von Euratom ergreifen, die Energiecharta kündigen und kommunale Partnerschaften für die Umstellung auf erneuerbare Energien zum Beispiel mit der Ukraine und Russland unterstützen.

Im Klimaschutz muss es parallel neben den Nullemissionsstrategien endlich eine aktive Politik für Kohlenstoffsinken in oberen Bodenschichten geben. Dazu bedarf es einer Innovationsoffensive für Biokohle, Terra Preta und eine Landwirtschaft, die Lebensmittel und Bioenergien produziert, die in der Gesamtbilanz negative Kohlendioxid-Emissionen schafft.

.....



**Thomas Engelke**

Leiter Energie und Bauen beim Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV)

### Mehr Beteiligung und Kostenfairness für Verbraucher

79 Prozent der Verbraucher unterstützen die Ziele der Energiewende. Das zeigt eine aktuelle Umfrage im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands. Der Ersatz von Kern- und Fossilenergie durch erneuerbare Energien ist also weiterhin gewollt. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende sind allerdings zwei Punkte unerlässlich.

Erstens: Die nächste Regierung muss für mehr Kostengerechtigkeit sorgen. Sie muss die EEG-Umlage senken, den weiteren Anstieg der Netzentgelte verhindern und dafür sorgen, dass die Finanzierung der notwendigen Sektorkopplung nicht zu einer Erhöhung der Heizkosten für die Verbraucherhaushalte führt. Denn zusätzliche Kosten für die Stromkunden, verbunden mit immer neuen Ausnahmen für die Industrie sowie Traumrenditen für Netzbetreiber, sorgen für Unmut bei Verbrauchern. Warum nicht die Industrieausnahmen oder einen Teil der Verpflichtungen für Altanlagen aus Steuermitteln finanzieren? Warum nicht die Stromsteuer streichen? Außerdem müssen Haushalte mit geringem Einkommen besonders entlastet werden.

Zweitens: Die neue Regierung muss Prosumenten stärken und dafür sorgen, dass durch das neue

Ausschreibungssystem für Wind- und Solarenergie Bürgerenergieparks nicht verhindert werden. Auch müssen Mieter und Selbstnutzer von Eigentumswohnungen genauso wie Hauseigentümer finanzielle Vorteile für den Verbrauch von auf dem Dach oder in der näheren Umgebung erzeugtem Solarstrom erhalten. Gleichzeitig dürfen diejenigen Verbraucher, die nicht Prosumenten sein wollen oder können, für diese Vorteile der Prosumenten nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nutzen und Pflichten müssen deshalb gerechter verteilt werden. Das ist gut für Verbraucher und auch für das Klima.



**Markus Tacke**  
Head of Offshore, Siemens Gamesa  
Renewable Energy

### Beim Netzausbau besteht politischer Handlungsbedarf

Die Energiewende kann zum Exportschlager werden. Dazu brauchen wir weiterhin einen ambitionierten Markt in Deutschland. Deshalb wünschen wir uns von der nächsten Bundesregierung, dass sie aus den Erfahrungen der letzten Jahre für das kommende Jahrzehnt stabile Rahmenbedingungen formuliert. Nur mit langfristiger Investitionssicherheit kann ein nachhaltiger Ausbau der erneuerbaren Energien gelingen.

Beim Klimaschutz müssen wir die Debatte über die wahren Kosten von Treibhausgasemissionen weiterführen. Eine Reform des Emissionshandels wäre deshalb eine Chance für Deutschland und Europa, um den Nutzen einer CO<sub>2</sub>-freien Energieproduktion objektiver zu bewerten.

Beim Netzausbau besteht weiterer politischer Handlungsbedarf: Im EEG 2017 wurde der Ausbau der erneuerbaren Energien an den Ausbau der Netze gekoppelt. Deshalb muss die Politik Sorge tragen, dass die erforderlichen Übertragungskapazitäten geliefert werden, um den künftigen Ausbau von Onshore- wie Offshore-Wind nicht weiter zu verengen. Die bisher erzielten Skaleneffekte stehen in Frage, wenn ein zu kleiner Markt insbesondere für die Offshore-Branche die Kontinuität gefährdet.

Die Digitalisierung bietet darüber hinaus weitere Optionen zur Netzertüchtigung: Ein Monitoring der Freileitungen, dynamische Netzleitwarten und innovative Netzsteuerungstechnik helfen, die Netzdynamik besser zu beherrschen und Transportleistungen zu erhöhen. ▶



## „Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik besonders dringend?“

Darüber hinaus sehen wir Reformbedarf beim Strommarktdesign: Der Markt für Regelleistung muss auch für Wind geöffnet werden und zusätzliche Belastungen für Speicher durch Steuern und Umlagen auf den Strompreis müssen abgebaut werden, um deren Beitrag zur Netzstabilisierung besser auszuschöpfen.

Wir werden in Zukunft auch eine verstärkte Sektorkopplung sehen, die den Strommarkt mit den Bereichen Wärme und Mobilität verbindet. Wenn die Energiepolitik einen Rahmen schafft, um integrierend Technologien zu einem System zu verknüpfen, werden Klima und Wirtschaft gleichermaßen profitieren. Denn nicht allein ein HGÜ-System oder eine Windturbine sind Exportschlager einer erfolgreichen Energiewende, sondern der gesamte intelligente Verbund innovativer Technologien.

.....



**Wolfhart Dürrschmidt**  
Ministerialrat a.D. (ehemaliger Referatsleiter  
im Bundesumweltministerium)

### Dringend erforderlich ist ein Klimaschutzgesetz

Die nächste Bundesregierung sollte die Klimaschutz- und Energiepolitik beherrzter angehen. Mit einem „Weiter so“ würde zwar etwas getan, die erforderlichen Ziele jedoch würden weit verfehlt. Die neue Bundesregierung sollte diese große Verantwortung ernsthaft wahrnehmen und ethisch begründet handeln.

Dringend erforderlich ist ein Klimaschutzgesetz, das anspruchsvolle Ziele und erforderliche wirksame Maßnahmen rechtlich regelt. Ziel sollte CO<sub>2</sub>-Neutralität und Vollversorgung mit erneuerbaren Energien im Jahr 2050 sein, mit Etappenzielen für 2020, 2030 und 2040.

Umwelt- und Energiepolitik sollten dabei integriert werden; sie müssen am selben Ende des Strangs ziehen und nicht gegeneinander arbeiten. Klimaschutz, Umweltschutz, Atomausstieg, Energiewende, Biodiversität, Entwicklungspolitik, Nachhaltigkeit sollten als zentrale Gesellschaftsaufgaben unserer Zeit verstanden und in allen Politikbereichen verankert werden. Deutschland spielt dabei international eine besonders wichtige Rolle: Wenn wir zeigen, dass wir als einer der führenden Industriestaaten wieder konsequenter „Kurs halten“, hat dies positive und beispielgebende globale Auswirkungen.

Die verzerrenden ökonomischen Randbedingungen sollten endlich korrigiert werden: Dringlich ist es, eine Energie- und CO<sub>2</sub>-Steuer/Abgabe einzuführen, die die negativen Auswirkungen und Folgekosten des Einsatzes fossiler und nuklearer Energieträger einpreist. Damit könnten viele bisherige Fehlentwicklungen vermieden werden. In der Folge könnte unter anderem das EEG als wichtigstes Klimaschutzinstrument wieder auf ein überschaubares Maß konzentriert werden.

Das EEG sollte aber auf jeden Fall erhalten bleiben, auch wenn dann auf einige Detailregelungen verzichtet werden kann. Auch die Integration der Sektoren Strom, Wärme/Kälte und Mobilität könnte dann einen kräftigen Schub beim Umbau unseres Energiesystems erhalten. Bei einer solchen Korrektur von Klimaschutz und Energiewende würde zudem deutlich, dass sie der kostengünstigste Weg ist, weil nicht wie bisher ökonomisch relevante Teilmengen ausgeblendet oder verlagert, sondern alle Kosten und aller Nutzen einbezogen werden.

.....

**Luise Neumann-Cosel**

Vorstand der Genossenschaft BürgerEnergie  
Berlin

### **Stolpersteine für Bürgerprojekte müssen verschwinden**

Ich wünsche mir einen ernsthaften Klimaschutz-Plan. Denn mit dem momentanen Kurs werden wir unsere Klimaziele krachend verfehlen. Dabei muss Deutschland gerade angesichts der Trump'schen energiepolitischen Desaster beim Klimaschutz vorangehen. Dafür müssen wir schnellstmöglich

aus der Kohle aussteigen. Parallel muss die Bundesregierung ihren Energiewende-Kurs korrigieren: Wir brauchen deutlich ambitioniertere Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien, und um die zu erreichen, müssen die vielen Stolpersteine für dezentrale, bürgereigene Energieprojekte aus dem EEG verschwinden. Dann müsste sich die Bundesregierung eigentlich nur noch dem Rechts-Chaos bei der Konzessionsvergabe (wir brauchen endlich die Inhouse-Vergabe, Leute!), dem europäischen Emissionshandel und der Verkehrswende widmen, und schon wären wir wunschlos glücklich.

”

**Wir müssen schnellstmöglich  
aus der Kohle aussteigen.“**



## „Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik besonders dringend?“



**Sascha Müller-Kraenner**  
Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe

### Ein anspruchsvolles Gebäudeenergiegesetz

Die Deutsche Umwelthilfe wünscht sich für die kommende Legislaturperiode den Einstieg in den Ausstieg aus der Kohleverstromung als Grundvoraussetzung dafür, dass die Klimaschutzziele erreicht werden können. Die ältesten und schmutzigsten Braunkohlekraftwerke müssen zuerst stillgelegt werden. Der Ausbaukorridor für er-

neuerbare Energien muss signifikant nach oben angepasst werden, auch um dem wachsenden Bedarf an erneuerbarem Strom im Wärme- und Verkehrssektor (Sektorenkopplung) gerecht zu werden. Mit bürgernahen Planungs- und Beteiligungsverfahren muss der naturschutzverträgliche Ausbau der Energieinfrastruktur, vor allem der Netze und der Onshore-Windenergie, schneller als bisher vorangebracht werden. Mit der Einführung eines geeigneten Instruments der CO<sub>2</sub>-Bepreisung sollen Investitionen in Energieeffizienz sowohl in der Industrie als auch im Gebäude und im Verkehr angereizt und wirtschaftlich attraktiv gemacht werden. Für Investoren und Verbraucher entsteht dadurch Planungssicherheit. Im Gebäudesektor brauchen wir eine Steigerung der jährlichen Rate der energetischen Sanierung von Altbauten auf deutlich über zwei Prozent. Dafür muss die steuerliche Abschreibung energetischer Sanierungsmaßnahmen umgehend eingeführt werden. Als Rahmen für die energetische Gebäudesanierung und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Wärme brauchen wir ein anspruchsvolles Gebäudeenergiegesetz.



## „Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik besonders dringend?“

”

**Energie muss künftig so bepreist werden, dass sich darin deren Treibhausgasemissionen widerspiegeln.“**



**Patrick Graichen**  
Direktor Agora Energiewende

### Den Klimaschutzplan mit Leben füllen

Das wichtigste Ziel der nächsten Bundesregierung sollte darin bestehen, den Klimaschutzplan mit Leben zu füllen – nicht zuletzt, weil 2019 erstmals überprüft wird, wie wirksam die Vereinbarungen im Klimaschutzabkommen von Paris umgesetzt werden und weil 2020 Bilanz über die nationalen und europäischen Klimaziele gezogen wird. Bei-

des erfolgt also mitten in der nächsten Legislaturperiode. Konkret sehe ich hier drei besonders dringende und gleichzeitig große Aufgaben:

Erstens die Vereinbarung eines Kohlekonsenses, auf den sich viele Akteure hinter den Kulissen längst vorbereiten. Die Konzepte liegen in den Schubladen, die Beteiligten haben sich positioniert, die Klimaziele sind eindeutig. Die Aufgabe der Bundesregierung besteht also darin, alle an einen Tisch zu bringen und zu verhandeln. Damit sollte bald nach der Wahl begonnen werden.

Zweitens muss die Bundesregierung den Boden für die Sektorkopplung bereiten, also die Nutzung von Strom auch im Verkehrs- und Wärmesektor. Hier wird es darauf ankommen, Energie grundsätzlich künftig so zu bepreisen, dass sich darin deren Treibhausgasemissionen widerspiegeln. Im Moment ist es ja umgekehrt: Der Energieträger, der immer grüner gemacht wird, wird gleichzeitig immer teurer: Strom. Der klimaschädlichste Energieträger für den normalen Verbraucher heißt Heizöl, auf das so gut wie gar keine Aufschläge anfallen. Das muss die Bundesregierung ändern, um den klimafreundlichen Umbau des Energiesystems dauerhaft voranzubringen.

Drittens die Ziele für Wind- und Sonnenenergie: Sowohl Wind- als auch Solarstrom ist in den vergangenen Jahren so günstig geworden, dass die Kostenfrage sich nicht mehr stellt. Das Hauptargument gegen die Einführung erneuerbarer Energien ist also nicht mehr da! Darum können die Ziele für erneuerbare Energien erhöht werden. Und wenn man auf die Sektorkopplung schaut, dann heißt das auch mehr Wind- und Solarstrom, denn der zusätzliche Strombedarf für Elektroautos und Wärmepumpen muss ja CO<sub>2</sub>-frei gedeckt werden, damit das Klima etwas davon hat. Für 2030 bedeutet das: Mindestens 60 Prozent des Stroms sollten aus erneuerbaren Energien kommen.

.....



**Manfred Fishedick**

Vizepräsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie

### Mehr Mut, auch bei Gegenwind

In der vergangenen Legislaturperiode ist die Energiewende (insbesondere in Bezug auf die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen) ins Stocken geraten. Während in einzelnen Bereichen deutliche Fortschritte erreicht worden sind (zum Teil sicher auch beflügelt von globalen Entwicklungen wie dem signifikanten Rückgang der Preise für Solarmodule), hinkt die Entwicklung in anderen Bereichen den Zielvorgaben weit hinterher.

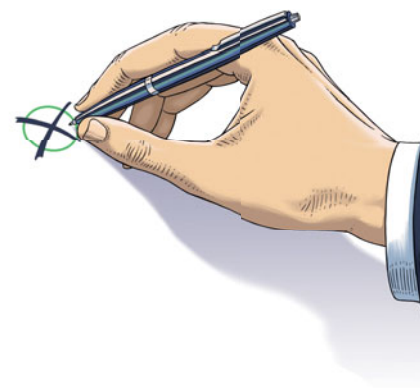
Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir zunächst mehr Mut,

- Mut zum offenen Umgang mit den nicht erreichten Zielen und den spürbaren Willen, auf den Zielpfad zurückzukehren. Dies gilt vor allem für das vermutlich deutliche Verfehlen des CO<sub>2</sub>-Minderungsziels für das Jahr 2020 und damit für keinen lautlosen Übergang zu den Zielen für 2030.
- Mut zu Weitsicht und dem Treffen von Leitentscheidungen – bis 2025 werden aufgrund der Langlebigkeit der Infrastrukturen die zentralen Weichen dafür gestellt, ob die für das Jahr 2050 vorgegebenen Ziele erreicht werden können.
- Mut, offen auszusprechen, dass ein adäquater Beitrag Deutschlands zu den globalen Klimaschutzzielen eine Orientierung am oberen Ende des im Energiekonzept festgelegten Zielkorridors (80 bis 95 Prozent) für das Jahr 2050 erfor-

dert und dass eine 95-Prozent-Minderungsvorgabe zu einem vollständig anderen Zielsystem führt als eine 80-Prozent-Zielsetzung.

- Mut zu mehr Konsequenz und Kontinuität im Umgang mit den zentralen, bisher unterbelichteten Bausteinen der Energiewende – auch bei Gegenwind: Energieeffizienz mit dem Ziel der Etablierung eines kraftvollen Energiedienstleistungsmarkts; Verkehr mit dem Ziel der Einleitung einer echten Mobilitätswende; Kohleausstieg mit der Flankierung durch einen pro-aktiven Prozess des notwendigen Strukturwandels; Einführung eines wirksamen Mechanismus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, um klare Innovationssignale und Investitionsanreize zu setzen, um nur einige Beispiele zu nennen.
- Mut zum Führen eines breiten gesellschaftlichen Dialogs für ein gemeinsames Verständnis hinsichtlich der Umsetzung der Ziele der Energiewende.
- Mut und Willen zum breiten Erfahrungsaustausch und zur Zusammenarbeit mit anderen Ländern, um die mit dem Pariser Klimaschutzabkommen erzeugte Dynamik zu stärken.

Letztlich wünsche ich der Bundesregierung eine gute Hand, angesichts der hohen Komplexität des Energiesystems, der bestehenden Unsicherheiten und Dynamiken am Ende die richtigen Entscheidungen zu treffen. Eine alles andere als einfache Aufgabe.



## „Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik besonders dringend?“



**Susanne Stangl**  
Netzwerk Energiewende Jetzt

### Vorrang für Dezentralität und Bürgerbeteiligung

Das Netzwerk Energiewende Jetzt setzt sich für eine Energiewende in Bürgerhand, dezentral und erneuerbar, ein und fördert insbesondere die Gründung und Weiterentwicklung von Energiegenossenschaften. Wir wünschen uns von der nächsten Bundesregierung eine Neuausrichtung der Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik, die vor allem auf das schnelle und effektive Erreichen der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zielt. Eine Politik, die Dezentralität und Bürgerbeteiligung groß schreibt, um weiterhin eine breite Akzeptanz und eine verlässliche Energieversorgung sicherzustellen. Dabei sind uns besonders wichtig:

- Mutiges Voranschreiten anstelle von Schlechreden der Energiewende, wie dies die beiden letzten Bundesregierungen getan haben.
- Ein starker Ausbau der erneuerbaren Energien anstatt einer Deckelung wie im EEG 2017.
- Ein sozial gerechter Umbau des Energiesystems, der möglichst viele Menschen daran partizipieren lässt. Konkret: Keine EEG-Umlage für Eigenverbrauch, Förderung von Mieterstrom-Modellen.
- Ein schneller und mit sozialen Maßnahmen flankierter Kohleausstieg.
- Gerechte Besteuerung der Umweltbelastungen, die von der Nutzung fossiler Energieträger ver-

ursacht werden.

- Gezielte Maßnahmen zu Energieeinsparung und Energieeffizienz, konkrete Einsparziele für alle Sektoren.
- Politische und förderrechtliche Rahmenrichtlinien, die Dezentralität und Bürgerbeteiligung den Vorrang geben.
- Eintreten für und Sicherstellen dieser Ziele auch auf EU-Ebene gegenüber vorrangig marktwirtschaftlichen Interessen.
- Förderung des Aufbaus ausreichender Speicherkapazitäten inklusive der Techniken der Sektorenkopplung.
- Eine ökologische Verkehrswende mit dem Ziel der Dekarbonisierung, Förderung nachhaltiger Mobilität.
- Stärkung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Sachen Energiewende und Nachhaltigkeit.
- Stärkere Berücksichtigung bürgerschaftlicher Interessen gegenüber wirtschaftlichen Lobbyinteressen sowie Einbindung bürgerschaftlicher Vertreter bei der politischen Entscheidungsfindung.

.....

**Martha Lux-Steiner**

Physikprofessorin und Solarforscherin am Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie

dass die Wertschöpfung längerfristig im Lande bleibt, gerade auch, wenn es um Erforschung und Entwicklung von Technologien für den Umbau des Energiesystems geht. Maßnahmen, die dabei helfen können, sind: verstärkt interdisziplinäre wie internationale Forschung und Entwicklung anzustoßen, den Aufwand existierender Evaluationsverfahren in laufenden Forschungsprojekten zu reduzieren, eine stärkere Anschubfinanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen mittels modifizierter Finanzierungskonzepte zu gewähren, das Konzept von Industrie 4.0 auch auf die Forschungsebene zu übertragen sowie ein attraktives Konzept für inländische Investoren an innovativen Unternehmen umzusetzen.

### Den Weg von der Forschung in den Markt verkürzen

Wenn ich Forschungs- und Entwicklungsgelder zur Verfügung hätte und selbst entscheiden könnte, wo diese Ressourcen eingesetzt werden, würde ich mich dafür einsetzen, dass die Umsetzung von wissenschaftlich-technologischen Ideen bis zur Vermarktung schneller als bisher erfolgt. Und



## „Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik besonders dringend?“



**Christoph Bals**  
Politischer Geschäftsführer bei Germanwatch

### Internationale Klimaschutz-Dynamik befördern

Die neue deutsche Regierung kann nach dem klimapolitischen Totalausfall der US-Regierung und angesichts des Brexit eine zentrale Rolle übernehmen, um das Paris-Abkommen international und national umzusetzen. Gemeinsam mit der neuen französischen Regierung gilt es, bis Ende 2018 eine Initiative für eine klimapolitisch handlungsfähige Gesamt-EU und sonst eine Klima-Vorreitergruppe von EU-Staaten zu formen. Diese Staaten können gemeinsam mit China und den besonders verletzbaren Staaten die internationale Dynamik – trotz Trump – befördern.

Um dies glaubwürdig und wirkungsvoll tun zu können, braucht Deutschland im eigenen Land ein verbindliches Klimaschutzgesetz, das die Klima- und Sektorenziele des jüngst beschlossenen Klimaschutzplans verankert. Zentral sind dabei die Vereinbarung des Kohleausstiegs bis 2035 sowie endlich die dynamische Kopplung der Verkehrs- und Wärmewende mit der Energiewende. Die Kosten für Wind und Solar sind weiter drastisch gesunken. Der Ausbau kann deutlich beschleunigt

werden. Dabei sollten die Fördermodelle so ausgestaltet werden, dass Energiegenossenschaften und Bürgerinnen und Bürger die Energiewende lokal mit umsetzen können.

Im Verkehrssektor sind die Emissionen seit 1990 in Deutschland nicht gesunken. Es ist ein Skandal, dass der Anteil der auf der Schiene transportierten Güter schrumpft und nicht steigt. Und dass im großen Stil knappe Gelder in neue Autobahnen statt in einen schnelleren Ausbau von Schiene und öffentlichem Nahverkehr fließen sollen. Es bedarf eines Masterplans mit klaren Rahmenseetzungen für die Verkehrswende. Dies ist auch die Grundlage für neue Geschäftsmodelle, damit die Autokonzerne nicht morgen so um ihr Überleben kämpfen müssen wie RWE und Eon heute.

Als Rahmensezung muss das Thema CO<sub>2</sub>-Steuer endlich wieder angepackt werden. Am sozialverträglichsten wäre, dass die Einnahmen als Bürgerbonus zurückgezahlt werden. Für die am EU-Emissionshandel beteiligten Unternehmen bedarf es eines CO<sub>2</sub>-Mindestpreises.



**Hubert Weiger**  
Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

### Dezentrale und verbrauchsnahe Energieversorgung

Die Energiewende ist die richtige Antwort auf die Gefahren der unverantwortlichen Atomkraft und



die Voraussetzung, um der Klimakrise entgegenzusteuern. Damit Deutschland einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen kann, muss bis zum Jahr 2040 ein Energiesystem ohne fossile Brennstoffe erreicht werden. Daher muss die neue Bundesregierung vorrangig einen Kohleausstieg beschließen, der deutlich vor 2030 abgeschlossen ist. Mit einer gesetzlichen Regelung hätten die Tagebauregionen endlich Klarheit – die Voraussetzung, um den längst stattfindenden Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten. Ohne einen klaren Ausstiegspfad macht auch die geplante Kohle-Strukturwandel-Kommission keinen Sinn.



**Die Energiewende muss in den Händen der Bürgerinnen und Bürger bleiben können.“**

Die acht noch laufenden Atomkraftwerke mit erkennbaren Alterungsproblemen bedeuten ein unverantwortlich hohes Sicherheitsrisiko. Für die Energiewende sind die unflexiblen Atommeiler zunehmend problematisch, weil sie selbst bei negativen Strompreisen die Netze verstopfen. Deshalb müssen sie unverzüglich vom Netz. Energieexperten zufolge wäre das ohne Schwierigkeiten machbar. Die erneuerbaren Energien müssen engagiert ausgebaut werden, ohne Deckelung. Die Windenergie sollte in ganz Deutschland ausgebaut werden, und die Photovoltaik muss endlich auch in die großen Städte Einzug halten und entsprechende Förderung erfahren.

Die Energiewende muss auch in die Sektoren Verkehr und Wärme ausgedehnt werden. Es ist an der neuen Bundesregierung, eine Richtungsentscheidung zu treffen: für eine möglichst dezentrale und verbrauchsnahe Energieversorgung. Dadurch würde die regionale Wertschöpfung gestärkt, der Netzausbaubedarf reduziert, Energieverluste minimiert und die Versorgungssicherheit durch ein robusteres System erhöht werden. Die Energiewende muss in den Händen der Bürger und Bürgerinnen bleiben können. Denn um sie zu vollenden, sind noch viele Solar- und Windenergieanlagen nötig. Der Ausbau der Windenergie muss mit ausreichend Rücksicht auf Natur- und Landschaftsschutz vorstattengehen. Dafür braucht die Energiewende Unterstützung vor Ort und zuallererst politische Weichenstellungen. ◀